

## **Rücktrittsschreiben**

Am 31. März 1999 bin ich als ehrenamtlicher Technikvorstand des Deutschen Hängegleiterverbandes zurückgetreten.

Die Gründe dafür liegen zum einen in der inneren Führung des Verbandes, zum anderen in der politischen Richtung, die die derzeitige Verbandsführung eingeschlagen hat.

Im Folgenden möchte ich dies näher erklären.

Seit 1984 war ich ehrenamtliches Mitglied der DHV-Kommission (Vorstand + leitende Mitarbeiter + sogenannte Beiräte) als Beirat für Gleitflugzeuge (damals Sammelbegriff für alles vom starren Hängegleiter bis zum ultraleichten Segelflugzeug). Nachdem ich Einblick in die Politik des damaligen Vorstandes bekommen hatte, bin ich vor fünf Jahren mit dem erklärten Ziel, diese zu reformieren als Technikvorstand gewählt worden.

Mit meiner Auffassung war ich im damals neu gewählten Vorstand nicht allein, sodaß ein Konzept erarbeitet wurde, das folgende Eckpunkte verfolgte:

- Trennung von Ehrenamt und Hauptamt. Der Vorstand trifft die politischen und strategischen Entscheidungen, die Geschäftsstelle setzt diese um und wickelt die tägliche Arbeit ab.  
Beide arbeiten mit klar definierter Schnittstelle zusammen.  
Innerhalb der Geschäftsstelle Verteilung der Verantwortung auf mehrere Mitarbeiter mit definierten Arbeits- und Verantwortungsbereichen und optimaler Fachkompetenz.
- weg von der Rolle des DHV als Behörde ( Reglementierung , Überwachung der Piloten), Betonung seiner Rolle als Pilotenverband ( Repräsentation und Beratung der Piloten.
- internationale Zusammenarbeit , Bündeln der Kräfte innerhalb der Szene in einer verantwortlichen, konstruktiven und initiativen Rolle. Mit dem Ziel dem in der Rezession befindlichen Flugsport auch in Zukunft eine wirksame Interessenvertretung zu sichern und die vorhandenen Ressourcen des DHV und der Szene ( auch der internationalen) optimal zu nutzen.

Wichtige Inhalte konnten umgesetzt werden oder wurden in die Wege geleitet.

Seit der letzten Hauptversammlung hat dieser eingeschlagene Kurs keine Mehrheit mehr im Vorstand. Es werden in wichtigen Punkten gegenteilige Ergebnisse erzeugt.

So wird die Umsetzung der Verantwortungsverteilung innerhalb der Geschäftsstelle, die bisher vom Geschäftsführer aus persönlichen Interessen oder aus fachlichem Unvermögen ausgesessen wurde, jetzt offen konterkariert, entgegen der (noch) bestehenden Beschlusslage.

Die Rollenverteilung - Vorstand als strategische Führung, Geschäftsführung setzt um - ist in meinen Augen derzeit auf den Kopf gestellt. Geschäftsführer und Justitiar schaffen Fakten, die der Vorstand nachträglich, falls erforderlich absegnet, ganz im Stile der Verbandsführung von vor 10 Jahren.

Eine angemessene Kontrolle dessen, was von Geschäftsführer und Justitiar an Fakten geschaffen wird, ist mir trotz der Versuche, diese zu erlangen, nicht möglich. Ich werde nicht oder mangelhaft und meistens nur im nachhinein über die dann bereits geschaffenen Fakten informiert oder einfach belogen.

Diese Tatsache verträgt sich nicht damit, daß ich als Vorstand die politische Verantwortung für die Ergebnisse zu tragen habe.

Die eingeschlagene Politikrichtung, die sich zwar ohne formuliertes Programm des Vorstandes, dennoch aus Einzelentscheidungen und den geschaffenen Fakten ergibt, produziert Ergebnisse, die ich nicht mitverantworten möchte.

Der DHV beschäftigt mit Klaus Tänzler einen Geschäftsführer, der nur dann Profil zeigt, wenn es um die Erhaltung seines eigenen Jobs geht.

Von intelligenten, verantwortungsbereiten Mitarbeitern fühlt er sich offensichtlich in seiner Stellung als Geschäftsführer bedroht.

Diese Mitarbeiter werden dann durch gezieltes Schlechtmachen innerhalb und außerhalb der Geschäftsstelle demontiert, auch wenn dies mit Schaden für den Verband verbunden ist.

Die Zielsetzung der Verteilung der Verantwortung auf mehrere, jeweils in Ihrem Bereich kompetente Personen wurde defacto nur im Technikreferat mit der Einstellung von Martin Jursa durch den Vorstand von vor drei Jahren umgesetzt.

Dennoch produzierte der Geschäftsführer auch dort Schwierigkeiten.

Entgegen seinem Auftrag hatte es der Geschäftsführer innerhalb von drei Jahren nicht geschafft, mit dem Referatsleiter einen für beide Seiten akzeptablen Arbeitsvertrag zur Unterzeichnung zu bringen und auch nicht die Verantwortungsbereiche von Referat und Geschäftsführung zu definieren.

Den Auftrag zur Erstellung eines Diagrammes bekam er zuletzt auf der vergangenen Kommissionssitzung im Frühjahr 1999. Auf die Frage, warum das immer noch nicht gemacht worden war und es schon wieder deshalb Probleme gäbe, wies er uns darauf

hin, daß es an der Zeit wäre, diesen Beschluß nun endlich einmal aufzuheben, weil er nicht umzusetzen wäre.

Er war bereits mit dem erklärten Ziel in die Kommissionsitzung gegangen, den Technikreferatsleiter loszuwerden. In der Sitzung wurde ihm dann allerdings auf seine Nachfrage hin das Vertrauen nicht mehr einstimmig ausgesprochen, dem Technikreferatsleiter jedoch schon; seine internationale Arbeit wurde ausdrücklich für gut befunden und begrüßt.

Der Auftrag durch die Kommission lautete nun, wie schon vorher: Zusammenarbeit, Erstellung eines Diagrammes zur Schnittstellendefinition und zur Vermeidung weiterer Kompetenzunklarheiten. „Umgesetzt“ wurde dies durch den Geschäftsführer durch nun unverhohlenes Mobbing. Das Ergebnis ist bekannt und entspricht nicht dem Willen der Kommission sondern dem, was sich der Geschäftsführer schon vorher zum Ziel gesetzt hatte.

Für den Geschäftsführer hat dies bei diesem Vorstand jedoch keine Konsequenzen zu Folge, der Vorstand hatte an anderer Stelle an diesem Ergebnis sogar mitgearbeitet:

Ein weiteres Stück Entnervung des Technikreferatsleiters war nämlich die Nichteinhaltung des mündlichen Vertrages zur Entwicklung und Bezahlung von Software für den DHV durch den Referatsleiter.

Nachdem die Software bereits seit geraumer Zeit beim DHV in Benutzung ist, mußte der Referatsleiter seinem Honorar nachlaufen. Das vereinbarte Honorar hatte der Geschäftsführer dann zugesagt und die sofortige Auszahlung angeboten, jedoch gekoppelt an die Forderung, der Technikreferatsleiter solle einen Vertrag unterschreiben, der ihn in Zukunft zum externen, freien Mitarbeiter macht, obwohl dies nie vom Vorstand beabsichtigt war. Nachdem der Referatsleiter abgelehnt hatte, behauptet der Geschäftsführer in der nächsten Vorstandssitzung, die Software wäre nicht in der Freizeit des Mitarbeiters entstanden, sondern in seiner Arbeitszeit und die sei durch sein Gehalt bereits bezahlt.

Obwohl dies eine Lüge ist und obwohl die Auszahlung des Honorars in voller Höhe bereits mehrfach zugesagt, beziehungsweise angeboten worden war, entschied nun der Vorstand in einer 4 zu 3 Entscheidung, daß dem Referatsleiter ca. die Hälfte des Geldes zum „Kauf seiner Software angeboten“ werden solle als letztes Angebot.

Dies ist ein klarer Vertrags- und Wortbruch gegenüber einem Mitarbeiter, der sich in herausragender Weise für diesen Verband eingesetzt hat.

Aber Vertragsbruch gehört zum Repertoire des Geschäftsführers und war in diesem Fall ein wirksames Mittel, diesen Mitarbeiter gezielt zu entnerven und zur Kündigung zu veranlassen. Daß dieser Vorgang durch Vorstandsbeschluß gedeckt ist, ist für mich ein Grund, diesem nicht mehr angehören zu wollen.

Es werden in bedauerlicher Weise Ressourcen des Verbandes zerstört.

In der Praxis muß alles über den Tisch des Geschäftsführers gehen, ob er nun eine Ahnung davon hat oder nicht, um klarzustellen, daß „es nur einen Chef geben kann“.

Als Kompetenz-Stütze bedient er sich des Justitiars Peter Janssen, der als freiberuflicher Mitarbeiter mit Werkvertrag für den DHV tätig ist. Es werden selbst Kleinigkeiten, die keinen teuren Justitiar erfordern, oder Arbeiten, die sein Werkvertrag nicht vorsieht, an ihn zur Bearbeitung weitergeleitet. Aufträge werden per Zuruf, entgegen dem Vertrag ohne genaue Definition des Umfangs, pauschal vergeben, oder ganze Bereiche werden einfach aus der Geschäftsstelle ausgelagert. Für das gesamte Bonn-Handling gab es auf mein Nachforschen hin keinen einzigen Nachweis/Schriftsatz in der Geschäftsstelle. Er ist zu 100% in die Kanzlei des Justitiars ausgelagert. Auch das ist ein klarer Vertragsbruch mit dem gültigen Werkvertrag des Justitiars. Offensichtlich halten weder Geschäftsführer noch Justitiar es für nötig, sich mit solchen Details aufzuhalten. Statt dessen kann der Justitiar, ohne nachprüfbareren Tätigkeitsbericht, jährlich Rechnungen im Wert von über 100.000,- DM schreiben, die dann vom Geschäftsführer sogar mit unübersehbarer Doppelabrechnung zur Zahlung freigegeben werden. Eine angemessene Budgetüberwachung findet im Falle dieses freien Mitarbeiters nicht statt.

Diese Zustände finden die volle Unterstützung des ersten Vorsitzenden Charly Jöst, der den Justitiar „seinen alten Weggefährten“ nennt und mein unangemeldetes Erscheinen in der Geschäftsstelle zum Zwecke der Akteneinsicht als unanständig bezeichnet. Eine in meinen Augen angemessene Kontrolle dieser Mitarbeiter durch den Vorstand findet nicht statt und jeder Versuch meinerseits wurde entweder massiv abgeblockt oder einfach ignoriert.

So hält es der Geschäftsführer bis heute nicht für notwendig, mir die Rücküberweisung der Doppelabrechnungen durch den Justitiar anzuzeigen, so daß ich davon ausgehen muß, das dies noch immer nicht geschehen ist.

Auch in das Gefüge des Vorstandes greift der Geschäftsführer schon mal ein, wenn er ihm zu kritisch und zu anstrengend wird.

Den „Skandal der nicht eingehaltenen Planzahlen 97“ mit einer Differenz von 380.000,- DM hatte der Geschäftsführer den Kassenprüfern selbst vorgerechnet, während er dem Vorstand andere, falsche Zahlen vorlegte, die eine Abweichung von ca. 130.000,- DM auswiesen.

So wurde dann mit geplanter Stimmungsmache Thomas Hummels, einer der maßgeblichen Köpfe zur Wandlung des DHV hin zu einem offenen, modernen und demokratischen Pilotenverband abgeschossen und der gesamte Vorstand auf der Hauptversammlung vom eigenen Geschäftsführer vorgeführt.

Sowohl der selbstverständlich korrekte Nachweis der Zahlen als Entscheidungsgrundlage für den Vorstand als auch die Budgetüberwachung selbst sind Aufgaben des Geschäftsführers.

All das findet die Vorstandsmehrheit offensichtlich ganz in Ordnung.

### Nun zur politischen Stoßrichtung der Vorstandsmehrheit:

Nachdem ich als Technikvorstand unter breiter Zustimmung der Delegierten, noch auf der letzten Hauptversammlung zu einer Protektorpflicht erklärt hatte, die Philosophie des Vorstandes sei die eines Pilotenverbandes, der ganz im ursprünglichen Sinne des Gütesiegels den Piloten Information zur Tauglichkeit von Sicherheitsequipment zur Verfügung stellt und die Erfahrung gemacht hat, daß die Piloten sich von sich aus schützen wollen, wurde nur 4 Wochen später in 4-zu-3-Mehrheitsentscheidung die gesetzliche Protektorpflicht, ganz im Sinne einer staatlichen Behörde DHV eingeführt.

Anfang April hatte der Vorstand dann zu entscheiden, welche Haltung der Verband bei einem geplanten Hearing der Luftsportverbände in Bonn zur vom BMV vorgeschlagenen Abschaffung der Musterzulassungspflicht einnehmen sollte. Nicht die Musterprüfung, also das klassische Gütesiegel, das niemand abschaffen möchte, sondern die Verankerung unserer Sportgeräte im öffentlichen Recht und damit in der staatlichen Administration steht zur Diskussion .

Von dieser Bonner Entwicklung wurde der Vorstand übrigens nicht etwa von seinem Geschäftsführer oder Justitiar informiert, die bereits eine eigene Strategie entwickelt hatten und verfolgten (der Geschäftsführer ist der Meinung, die Abschaffung der Musterzulassungspflicht gefährdet seinen Arbeitsplatz) , sondern vom 2. Vorsitzenden, der auch Vorsitzender des DULV ist. Daß der Vorstand überhaupt informiert wurde und dieses Thema vor einer anberaumten Anhörung der Verbände in Bonn besprach, ist der Initiative des 2. Vorsitzenden zu verdanken, der zusammen mit Sportvorstand und Technikvorstand eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gefordert hatte.

Die Vorstände für Finanzen, Ausbildung und Sicherheit und der erste Vorsitzende wurden erst auf einer Telefonkonferenz, die ersatzweise zur Arbeitsgruppe stattfand, über den Unterschied zwischen Musterzulassung und Musterprüfung (Gütesiegel) aufgeklärt. Befremdlich ist deshalb, daß der Vorsitzende nun behauptet, daß es beim Vorschlag des BMV um die Abschaffung des Gütesiegels ginge.

Der Vorstand beschloß dann in mittlerweile gewohnter 4-zu-3-Mehrheit eine vom Justitiar vorgeschlagene Resolution, die sinngemäß besagt, daß wir den staatlichen Schutz vor uns selbst brauchen, und nicht in der Lage sind, ohne die Rückendeckung der staatlichen Autorität und einer staatliche Luftsportgeräteverwaltung die Sicherheit des Flugbetriebes aufrechtzuerhalten und es zu einer Vielzahl schwerer Unfälle käme.

Außerdem hält man es für nötig, sich in Harmonisierungsverhandlungen hinter unseren staatlichen Vorschriften verstecken zu können.

Aus mehreren Gründen halte ich ein solches Vorgehen für eine Schwächung der Position des Verbandes.

In der Vergangenheit konnte man sich in Harmonisierungsverhandlungen hinter der Musterzulassungspflicht, das heißt hinter der staatlichen Autorität verstecken: Wir haben unseren staatlichen Auflagen zu gehorchen und können in dem oder dem Punkt der Harmonisierung nicht folgen.

Das war zwar noch nie ein Argument, jemanden im Ausland von der Güte eines

Vorschlag zu überzeugen, aber immerhin war es als eine Zwangssituation zu verkaufen, mit der Hoffnung auf Kooperation. Dies wird es in Zukunft aber nicht mehr sein, sobald klar wird, daß sich der DHV diese Situation selbst gewählt hat.

Zu Beginn einer sich abzeichnenden Entwicklung der Deregulierung, die höchstwahrscheinlich sowieso kommen wird, weil europaweit stattfindend, schriftlich beim BMV einzureichen, daß man sich einem Rückzug des Staates aus der Luftsportgeräteverwaltung nicht gewachsen fühlt, kommt einer Selbstdisqualifizierung gleich. Der Verband sollte sich meiner Meinung nach als Kompetenzcenter hervortun und am Prozeß gestaltend und die Chancen sehend beteiligen.

Zum ersten Mal in der Geschichte des DHV haben wir die Möglichkeit in kompletter Eigenverantwortung unsere Fluggeräte nicht mehr wie Luftfahrzeuge, sondern wie Sportgeräte zu handhaben. Dies wird außer in Deutschland und Österreich auf der ganzen Welt so gehandhabt. Es ergäben sich damit außerordentliche Erleichterungen bei der Gestaltung der internationalen Harmonisierung. Die glatte Ablehnung der Diskussion verbaut diese Möglichkeiten.

Anstatt sich hinter der Mauer staatlicher Autorität zu verstecken, sollte sich der Vorstand Gedanken über die Ressourcen des Verbandes und über Alternativen machen, für den Fall, daß diese Mauer fällt.

Statt dessen läßt der Vorstand zu, daß derjenige Mitarbeiter des DHV, der in den letzten Jahren maßgeblich die Anerkennung, Autorität und Akzeptanz des DHV auch international erzeugt hat, dem Verband verlorengelht.

Staatliche Deregulierung und Sicherheitserhalt durch Qualitätssicherung, wie heute in der Industrie schon gang und gebe, wird kommen. Nur wird ein international disqualifizierter DHV beim „Stand der Technik“ nichts mehr mitzureden haben. D. h., die Einflußmöglichkeiten der deutschen Piloten, die mit Recht stolz auf ein international anerkanntes Gütesiegel sein können, werden vom derzeitigen „Führungskonglomerat“ meiner Meinung nach fahrlässig und kurzsichtig verspielt, wie mir scheint, durch persönliche Interessen gesteuert oder einfach durch Inkompetenz.

VOL LIBRE, geht das nicht mit Deutschen? Mit deutschen Behörden geht es. Ich bin überzeugt, mit deutschen Piloten auch. Offensichtlich nur mit den Funktionären des DHV nicht, die Verminderung von staatlicher Kontrolle nicht als Chance, sondern als Machtverlust gegenüber den eigenen Piloten wahrnehmen.

Kein Mensch will die Flugsicherheit verringern. Ich bin der Überzeugung, daß auf die Dauer nur die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und der Kompetenz der Pilotenschaft in Verbindung mit der Bereitstellung von Information durch kompetente Prüfstellen (das Wesen des Gütesiegels) zur Erhöhung der Sicherheit führt, nicht die staatliche Administration oder die zunehmende Reglementierung und Entmündigung der Piloten und das Erfinden immer neuer Gesetze.

In diesem Zusammenhang ist der Fortgang von Martin Jursa für den Verband ein Verlust mit unabsehbaren Folgen.

Als Technikvorstand nun die Trümmer aufzusammeln zu dürfen, nachdem ich vor dieser Entwicklung gewarnt habe, ist äußerst unbefriedigend, vor allem wenn die

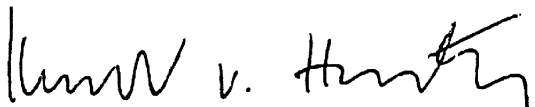
Rahmenbedingungen nach wie vor die gleichen bleiben.

Zwei wichtige Gründe haben mich nach reiflicher Überlegung zum Rücktritt veranlaßt:

- die mir auf vielfältige Weise vor allem durch den ersten Vorsitzenden erschwerte oder unmöglich gemachte Kontrolle über Vorgänge, die ich als Vorstandsmitglied mit zu verantworten habe, verbunden mit einem gründlich zerrütteten Vertrauensverhältnis zum Geschäftsführer,
- die politische Richtung, die die Vorstandsmehrheit eingeschlagen hat, auf die ich - meiner Erfahrung der letzten Monate nach – in diesem Vorstand keinen absehbaren Einfluß mehr habe und die nicht mit meinem Selbstverständnis als Luftsportler und Pilotenvertreter zu vereinbaren ist.

Ich danke den Mitgliedern für Ihr Vertrauen, das zu meiner Wahl als einer ihrer Vertreter geführt hatte und bitte um Verständnis für die aus oben genannten Gründen gezogene Konsequenz, das heißt für die Niederlegung dieser Verantwortung.

Ich fühle nach wie vor eine sportliche Verbundenheit mit den Drachen- und Gleitschirmfliegern und werde den Fortgang der Dinge aufmerksam beobachten.

 Kurt v. Hartmann